

hat aber neuerdings in einem Bericht an das Staatsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß der Handel der Stadt durch diese verschärften Verordnungen wesentlichen Nachtheil leide, da die ländlichen Käufer bereits in andere benachbarte Städte sich gezogen hätten.

Württemberg. Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus Rom vom 12. März aus authentischer Quelle gemeldet, daß die kirchlichen Verhandlungen mit Württemberg zu einem erfreulichen Abschluß gelangt sind.

Hannover. Hannover, 20. März. Ein Regierungsschreiben, betreffend die Pensionirung des Schatzraths v. Bochmer, ist hervorgerufen durch dessen Wunsch, den Staatsdienst aufzugeben, weil das neue Finanzcapitel ihm eine Wirksamkeit genommen, welche ihm lieb geworden sei. — Die I. Kammer hat das Münzgesetz einstimmig angenommen. (S. C.)

Baden. Konstanz, 18. März. Dem ehemaligen Rechtspraktikanten J. Bühler von Offenburg, welcher wegen Hochverraths vom großherzoglichen Hofgericht dahier zu drei Jahren Zuchthaus oder zwei Jahren Einzelhaft verurtheilt war, ist der Rest seiner Strafe auf Wohlverhalten nachgelassen worden, nachdem er an seiner Strafe kaum acht Monate erstanden hatte. (Konst. Z.)

Freiburg. 18. März. Durch Entschliegung des Großherzogs vom 12. März wurde den beiden letzten vom oberrheinischen Hofgericht wegen Hochverraths verurtheilten Sträflingen, J. Bayer von Niedertegernau und Kl. Ruf von Schönwald, welche sich übrigens erst kürzlich gestellt hatten, der Rest ihrer Strafen auf Wohlverhalten erlassen. (Fr. Z.)

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 19. März. Nach dem hier erscheinenden Kirchenblatt für das Großherzogthum Hessen (dem Organ unserer kirchlichen äußersten Rechten) hat der hiesige Prälat Zimmermann den Pfarrconferenzen seiner Diocese das Beichtwesen als Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung und Besprechung empfohlen. Jenes Blatt knüpft daran die Vermuthung, „daß man höhern Orts das gegenwärtige Beichtwesen als mangelhaft und ungenügend ansieht und an heilsame Reformen denkt.“ (Schwäb. M.)

Kurhessen. Kassel, 19. März. Prinz Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld hat sich mit der Prinzessin Marie von Hanau verlobt. Der Prinz, welcher seither in einem Hotel sein Absteigequartier genommen hatte, hat dieses nunmehr mit der Wohnung im kurfürstlichen Schlosse Bellevue vertauscht. Der formelle Act der Verlobung hat heute stattgefunden. (Wes.-Z.)

Vom Thüringerwalde. 19. März. Ueber die kleine, sonst friedliche Gemeinde Volkstädt bei Rudolstadt, in welcher Schiller so glückliche Tage verlebte, ist seit einiger Zeit der Geist des Unfriedens gekommen und keins ihrer Glieder ist mehr zu bewegen, das Gotteshaus zu besuchen, indem der Geistliche, welcher auf der Kanzel den Teufel und das ewige Strafgericht häufig im Munde führt, vor einiger Zeit während der Beichtandlung zu den in Andacht versammelten Communicanten in seiner Rede gesagt hat: „Volkstädt ist die gottvergessenste Gemeinde im ganzen Lande.“ Die Stimmung, in welche die Andächtigen durch diese ungemessene Aeußerung des Geistlichen versetzt wurde, läßt sich denken. Die harten Worte wurden Gegenstand öffentlicher Besprechung in dem bei G. Fröbel erscheinenden Beobachter. Infolge dieser Polemik ist nunmehr der Verleger des Blattes auf Veranlassung des Kirchenraths unter Anklage gestellt und wird die Sache nächstens vor dem rudolstädter Kreisgericht zur öffentlichen Verhandlung kommen. (Krf. Z.)

Oesterreich. Wien, 21. März. Von allen gegenwärtig in Frage stehenden politischen Angelegenheiten nimmt vornehmlich, wie selbstverständlich, der augenblickliche Stand der zwischen dem kaiserlichen Cabinet und der piemontesischen Regierung obschwebenden Verhandlungen die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Diese Theilnahme ist aber um so erklärlicher, als es sich hier um Verhältnisse handelt, die nicht allein die wechselseitige politische Stellung beider Staaten, sondern auch zunächst die materiellen Interessen der Einzelnen innig zu berühren geeignet erscheinen. Diese nachtheilige Einwirkung hat sich bereits an der Börse geltend gemacht, an welcher sämmtliche Effecten empfindlich davon berührt wurden. Der nachtheilige Eindruck der zwischen den beiden Nachbarstaaten gestörten Verhältnisse dürfte aber noch merklicher hervortreten, als eine baldige und zufriedenstellende Beseitigung des gestörten Einverständnisses kaum in Aussicht stehen möchte. Die maßlosen Ausschreitungen der piemontesischen Presse haben eine tiefe und nur zu wohlbegründete Entrüstung hervorgerufen. Dieses Gefühl ist aber ein um so berechtigteres, als die gerade während der Anwesenheit des Kaisers in dem lombardisch-venetianischen Königreich durch die turiner Blätter verbreiteten Zeitungsartikel offenbar hauptsächlich dahin gerichtet worden war, die befriedigende Wirkung dieser Versöhnungsweise und der in so hochherziger Weise erteilten Amnestie wieder zu zerstören, und selbst die Person des Monarchen dabei ungeschont angegriffen wurde. Außer diesen zügellosen Ausfällen, bei welchen nicht einmal der regierungsfreundliche Theil der Presse unbetheiligt geblieben ist, haben aber mehrere auffällige Manifestationen stattgefunden, welche augenscheinlich das Gepräge einer unzweideutigen und offenbar feindseligen Provocation haben. So z. B. die dem Minister Cavour überreichte Denkmünze, auf deren Rehrseite Parma und Modena, dessen Heimfallsrecht an Oesterreich durch Staatsverträge festgestellt ist, allegorisch Piemont die Hände reichend dargestellt werden, und die beantragte Subscription zur Errichtung eines Monuments für die im Jahre 1848 gefallenen Mailänder, welche offenbar als Rebellen die Waffen gegen ihre rechtmäßige Regierung geführt. Diese Umstände haben die Ausgleichung dieser Mißhelligkeiten um so schwieriger ge-

macht, als nicht allein politische Beweggründe hierzu Veranlassung gegeben haben dürften. Die ultramontane Presse hat sich nach unzweideutigen Anzeichen dieser Frage bemächtigt, um sowohl ihre in Oesterreich bereits erlangte Macht zu befestigen und zu vergrößern, Piemont einen Theil des verlorenen Einflusses wieder zurückzugewinnen und womöglich einen, wenn vorläufig auch unblutigen Kampf mit dem der Verbreitung des klerikalen Einflusses so hinderlichen constitutionellen System hervorzurufen. Die Anweisungen hierzu scheinen offenbar von Rom ausgegangen und das piemontesische Episkopat, das sich seit längerer Zeit ziemlich ruhig verhalten hat, zu einem erneuerten Widerstande angewiesen worden zu sein, der auch bereits in mehreren Diocesen auffällig hervortritt. Hier aber, wo der klerikale Einfluß in manchen Kreisen eine unerschütterliche Macht gewonnen hat, ist derselbe augenscheinlich bemüht, diese Angelegenheit noch mehr zu verbittern, um womöglich eine gewaltsame Lösung derselben herbeizuführen, die allein noch die ultramontanen Interessen in Piemont fördern könnte. Wie ernst übrigens der diplomatische Conflict durch diese unberufenen Intriguen leider auch bereits geworden ist, so dürfte derselbe hoffentlich doch zu keinen besondern Befürchtungen Anlaß geben. Oesterreich wird jedenfalls seine verlebte Würde zu wahren wissen. Der aus den angedeuteten Veranlassungen entstandene Conflict, der mit dem Gänsekiel begonnen worden ist, wird auch sicherlich mit dem Gefieder der Ketterin des Capitols zu Ende geführt und nur Linte, aber kein Blut, in diesem Kampfe versprigt werden. Die diplomatischen Verbindungen zwischen den beiden Regierungen sind auch bis zur Stunde noch nicht abgebrochen worden. Die in mehre deutsche Blätter übergegangene Nachricht der bereits erfolgten Abberufung des Grafen Paar, kaiserlichen Geschäftsträgers in Turin, muß daher, wie sehr dieselbe auch in Aussicht stehen dürfte, jedenfalls noch als eine mindestens verfrühte bezeichnet werden.

Der Schlesischen Zeitung schreibt man aus Wien vom 19. März: „Es ist eine neue Note an unsern Geschäftsträger in Turin, Grafen Paar, abgegangen, und hat derselbe den Auftrag, eine definitive Erklärung zu verlangen. Bis zum Eintreffen derselben ist jede Combination bezüglich der sardinischen Frage verfrüht.“

Wie aus Wien vom 21. März geschrieben wird, ist Graf Paar von Turin nach Wien berufen, nicht abberufen. Er dürfte Turin bereits verlassen haben. Zugleich wurde dem sardinischen Gesandten, Marschese Cantono, bedeutet, er könne in Wien bleiben.

Unterm 22. März wird weiter aus Wien geschrieben: „Aus verlässlicher Quelle verlautet, daß der österreichische Bevollmächtigte am turiner Hofe, Graf Paar, abberufen werde; es wird jedoch in milder Form geschehen, ohne daß derselbe seine Pässe fodert, und ohne förmlichen Abbruch der diplomatischen Verbindung.“

Die Oesterreichische Zeitung spricht sich bei Gelegenheit der Bewilligung von 5 Millionen in der sardinischen Kammer zum Aufbau der Festungswerke von Alessandria in folgender Weise über Sardinien aus: „Die sardinische Regierung tritt immer offener mit ihrem innersten Gedanken, der Eroberung Italiens mittels dessen Revolutionirung, hervor. In der letzten Zeit ist sie in ihrer Kundgebung dieses Gedankens bis zur Fieberhaftigkeit leidenschaftlich und ungestüm geworden. Die großen Erfolge der persönlichen Erscheinung des Kaisers in den italienischen Erblanden scheinen jenseit des Ticino den letzten Rest von Besonnenheit genommen zu haben. Hoffnungslosigkeit verbittert; die revolutionären Parteien gerathen meist in krankhafte Reizbarkeit, wenn ihnen die weise Reform stetig und sicher das Terrain abgewinnt. . . Die Mäßigung, welche der Politik der österreichischen Regierung eigen ist, ihre Abneigung gegen jede Art eiler Demonstration, ihr Kraftgefühl als Großmacht, die entweder hart trifft oder verachtend die Achsel zuckt, war bis jetzt Ursache, daß man die gewöhnlichen conventionellen Manieren in dem diplomatischen Verkehr mit Sardinien bestehen ließ. Selbst der Antwortnote des Grafen Cavour, so spiz und versagend sie auch formulirt war, versuchte man noch in glimpflicher diplomatischer Form zu begegnen. Doch nach der neuesten beleidigenden und herausfordernden Demonstration der sardinischen Regierung, wobei sich der Graf Cavour von dem ganzen revolutionären Orchester der sardinischen Landesvertretung accompagniren ließ und zum Ueberflusse noch den Schatten Karl Albert's heraufbeschwor, um der Befestigung Alessandrias das rechte Relief zu geben — jetzt kann ein Vertreter der österreichischen Regierung nicht mehr mit Ehren in einer solchen Gesellschaft verweilen, und dürfte in diesem Augenblick bereits die österreichische Gesandtschaft in Turin die Abreise bewerkstelligen. Sardinien mag sein Spiel weitertreiben, es wird nichts dabei gewinnen. Oesterreich wird nicht an dem Kartenhaufe der sardinischen Politik rütteln; es kann ruhig zusehen, bis es von dem selbstherzeugten Winde umgeblasen wird.“

Dem Pester Lloyd wird aus Wien vom 18. März geschrieben: „Der dänische Abgesandte Baron E. v. Bülow hat am 16. März Abends unsere Stadt verlassen und sich wieder nach Berlin begeben. Die Mission, welche ihn nach Wien geführt, muß als vollkommen gescheitert betrachtet werden. Man ist auf die nachträglichen Zugeständnisse, welche Hr. v. Bülow im Namen seines Cabinets gemacht hat, nicht eingegangen, indem man einfach die stricte Befolgung der bestehenden Verträge foderte. Ueber die Aufnahme, welche die dänische Circularnote in Paris und London gefunden hat, ist bis jetzt nichts Sicheres bekannt geworden. Man weiß in dieser Hinsicht nur soviel mit Bestimmtheit, daß Lord Palmerston die Vereinigung des Auswärtigen Amtes mit dem Ministerium für Holstein in der Person des Hrn. v. Scheel als ein Hinderniß der erspriesslichen Erledigung des dänisch-deutschen Conflicts beanstandet hat.“

Der
löste
wegte
unsch
nahm
geleise
Raum
—
sand
Zante
ren zu

giano
der M
und di
fen Sä
fünf v
legung

progr
ktion

währen
ein neu
kaum n
Westmä
ausschli
scheinen
zens er
Hayfeld
möglich

sorge ist
der ange
lich zu
selbst an
sehr beu
schen W
schehen
Posten
des Gro
alle neue
von der
vour's;
Verhältn
treten, s
können.

halb, we
nigten B
Bruch zu
als er sp
rufen von
den hiesig
erklärung
sich in ei
mächte ge
sich desha
was man
wieder zu
wie es ist
Zahl unse
scherheits
Lagegesch
hältnissen
sodas man
Rücken tel
begriffen,
sie die Au
men wird.

lich der m
er über di
lassen, daß
Vereinigte
principiell
einem euro
Seite einer
zu lassen,
Appetit un
ricanischen
nicht vorüb